

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Jahrgang Nr. 29.

88. Jahrgang.

Jahrgang Nr. 29.

Kostenlos-Gebühr
f. d. Spalt. Stelle aus
gewähl. Schrift oder
deren Raum bei 1mal.
Einrichtung 10 G.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.

Mit dem
Krautblätterchen,
3. Aufl. Sonntagblatt
und
Schwäb. Landw. Zeit.

Ersteinst. Blatt,
mit Aufnahme des
Sonntags- und Feiertags.
Preis vierteljährlich
vier 1.10 M., mit Träger-
lohn 1.20 M., im Beleg-
und 10 km-Beleg
1.25 M., im übrigen
Württemberg 1.35 M.,
Monatsabonnements
nach Verhältnis.

Nr. 73

Montag den 29. März

1909

Neue Bestellungen

auf den Gesellschafter für das 2. Quartal 1909 werden hier in der Expedition, anlässlich der Postämtern, den Postagenten und Postboten fortwährend angenommen.

Amtliches.

Bekanntmachung

der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft, betreffend die Abhaltung von Veterinärkursen über Dienstreue.

In heurigen Sommer sollen an der K. Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim und an der K. Weinbauerschule in Weinsberg sechs tägliche Unterrichtskurse abgehalten werden, in welchen den Teilnehmern eine theoretisch-praktische Anleitung zum Betrieb der Dienstreue gegeben werden wird.

Der Unterricht in diesen Kursen ist unentgeltlich, dagegen haben die Teilnehmer, welche das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben, für Wohnung und Kost während der Dauer der Kurse selbst zu sorgen.

Der Beginn des Kurses in Hohenheim ist auf Montag, den 14. Juni d. J., der Beginn des Kurses in Weinsberg auf Montag, den 5. Juli d. J. festgesetzt. Da jedoch nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmern gleichzeitig aufgenommen werden kann, so wird vorbehalten, im Bedarfsfall noch weitere Kurse zu veranstalten und die Anmeldungen einem dieser Kurse, deren Beginn in Hohenheim auf den 5. Juli, in Weinsberg auf den 12. Juli festgesetzt werden würde, zuzuwenden.

Anmeldungen zu den Kursen, in welchen insbesondere angegeben ist, wie lange der ausgewählte Dienstreue betreibt und wie lange Militär er diente, wollen nun vor dem 1. Juni an die Leiter der Kurse, Oberlehrer Herrler in Hohenheim bzw. Oberlehrer Burkhart in Weinsberg, eingereicht werden.

Diesbezügliche Anmeldungen, welche nicht mittelst besonderen Schreibens auf einem späteren Kurs verwiesen werden, haben sich am 14. Juni, vormittags 8 Uhr, im Hörsaal der Weinbauerschule in Hohenheim, bzw. am 5. Juli, vormittags 8 Uhr, im Hörsaal der Weinbauerschule in Weinsberg einzufinden.
Stuttgart, den 18. März 1909. S. S. Kraß.

Bekanntmachung

Abhängen des Banners beim Regimentswechsel bei der am 3. April 1909 in Nagold stattfindenden Kontrollversammlung angekündigt werden.

Der am 1. April fällige Meldebefehl fällt aus.
Galw, den 27. März 1909.

Bezirkskommando.

Beitragende wurde eine Schuppe in Unterhohenheim dem Schulheer Schwabinger in Hohenheim, Bez. Remmingen (Remberg).

Malcolm Sinclair.

Historische Erzählung von
R. S. Brauchvogel.

(Fortsetzung.) (Köln, arch.)

„Da ist das Licht wieder!“ sagte Stenbock.
„Es wurde schon entzündet. Nun behalten Sie die Plätze des Sees im Auge.“

„Nun, einige Minuten später flackerte ein Schein auf dem See, verlor sich und auch das Licht verschwand. In fünf Minuten ist er hier in Sicherheit!“ Alfreda löste die Herzen aus, öffnete das Fenster und horchte.

„Nun, Herr Baron, erinnern Sie sich Ihrer Zusage. Bleiben Sie hier, ich bin im Augenblick zurück.“

Während beide lautlos harrten, verließ Alfreda das Gemach, nachdem sie Fenster und Vorhänge geschlossen. Im Hause war's gradestill, nur im Flur hörte man flüsternde Stimmen, dann das Schließen der Haustür. Jetzt erklangen Schritte. Alfreda erschien, ein Licht in der Hand, ihr folgte eine dunkle, verstaubte Gestalt, welche die Tür verriegelte und neben sich.

Als Stenbocks Tochter den Armleuchter auf dem Tisch entzündet hatte, warf der Angedrungene seine Umhüllung ab und trat näher.

„Sinclair!“ rief Equabelle aus.

„Sie würden besser tun, Herr Baron, mich für den zu nehmen, der ich jetzt bin, einen schwedischen Herringsfischer, welcher nächstlich die Insel nebenbei etwas Schmutzgelei

Politische Uebersicht.

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Beisetzgesetzes in der vom Reichstag beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt.

In der italienischen Deputiertenkammer sprach sich nach Uebernahme des Präsidiums der neue Präsident Marcora über die in der neuen Legislaturperiode bevorstehenden Aufgaben aus, insbesondere über den Wiederaufbau von Reggio und Messina. Hierauf brachte er dem König und der Königin eine von der Kammer mit anderen besonderen begeisterten Hochrufen aufgenommene Gedächtnisrede. Er ersann eine Kommission zur Abfassung einer Antwortadresse auf die Thronrede.

Der französische Poststreik bringt jetzt einige Nachklänge. Die zum Dienst zurückgekehrten Postbeamten haben einen Aufschlag veröffentlicht, um der Pariser Bevölkerung zu danken. In diesem Aufsatze wurde der Staatssekretär Simonin in sehr harten Ausdrücken beleidigt. Der gekürzte Ministerrat hat hierauf beschlossen, über die Unterzeichner des Aufschlags ein Disziplinarverfahren zu eröffnen. Weiter wurden diejenigen Post- und Telegraphenbeamten, die aus Frankreich betätigt waren, verständigt, daß ihnen von ihrem Gehalt wegen ungerechtfertigter Abwesenheit vom Dienst ein entsprechender Abzug gemacht werden würde. Diese Mitteilung hat große Aufregung hervorgerufen.

Die Schiedsgerichts-Verhandlungen über den Casablanca-Zwischenfall werden nach amtlichen Festsetzungen am 1. Mai beginnen.

Der russische Kriegsminister Rüdiger ist zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der Chef des Generalstabs Schandolow geworden.

In dem persischen Wallfahrtsort Schahabuddin bei Teheran brachen Unruhen aus, anlässlich von der Partei des Schahs angeführt, um die dortigen geschätzten Konfessionen abzuwehren. Diese Bewegung wurde durch spätere Festsetzungen bekämpft, und zwar liegt die vorbedachte Ermordung von vier konstitutionellen hohen Beamten vor, die den Zweck hatte, das Volk abzuschrecken, gegen den Schah aufzutreten. Die russische und die englische Gesandtschaft machten der Regierung Vorstellungen, die dahin gingen, daß unverzüglich Nachforschungen angestellt und die Schuldigen bestraft werden.

Zur Blodtrife

Schreibt die Kreuzzeitung:

Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß trotz der vom Abgeordneten Bassermann dem konservativen Fraktionsvorsitzenden v. Kormann ausdrücklich gegebenen Zusicherung vertraulicher Behandlung ihrer Unterredung der Inhalt der Aussprache — zum Teil entzweit und unrichtig — von nationalliberaler Seite sofort in die Presse gebracht

worden ist und zwar mit der alarmierenden Entstellung die Konservativen hätten auf Grund eines erst jüngst in einer Fraktionskunft gefaßten ausdrücklichen Beschlusses den Blod gekündigt. Die Konservativen weisen den Vorwurf, daß sie den Blod sprengen wollten, entschieden zurück. Die Sprengung des Blods, die nunmehr fast unvermeidlich erscheint, ergibt sich aus der ganzen Lage, aus der Unfähigkeit des Blods zu Aufgaben wie die Reichsfinanzreform und vor allem durch die Eigenart seiner Führung durch die Regierung.

Die Balkantrife.

Serbische Abrüstung?

Belgrad, 28. März. Wie verlautet, wird der Kriegsminister morgen eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche über den normalen Friedensstand in den Kasernen befindlichen Reservisten beurlaubt werden. Diese Maßnahme kommt einer beginnenden Abrüstung gleich.

Die „Grazzer Tagespost“ erzählt aus „unverlässiger“ Quelle, daß nach Beilegung der gegenwärtigen Krise die drei gemächsamsten Minister zurücktreten werden. Als Nachfolger Kerschmalz werden schon genannt: Koloman von Gyell, Dr. Beterle und Kudrassy; auch Graf Blöchl könnte als Vertrauensmann des Thronfolgers in Betracht. Jedemfalls werde ein ungarischer Minister des Reichens werden.

Was verlangt Oesterreich von Serbien?

Oesterreich hat bekanntlich der englischen Regierung auf deren Wunsch seine Mindestforderungen gegen Serbien mitgeteilt. Nach der „Post. Zig.“ sind diese Forderungen folgende:

Abrüstung und Verminderung der serbischen Armee auf den Stand vom 1. Januar 1908.

Zurückziehung der Bänder von der bosnischen Grenze, Verzicht auf jede Einmischung in die Entwicklung Bosniens und der Herzegowina, die Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie sind, und eine direkte Erklärung in Wien, daß Serbien von nun an gewillt ist, mit Oesterreich gute Nachbarschaft zu halten.

Der Verzicht des serbischen Kronprinzen.

Belgrad, 27. März. Der König erklärte, der Kronprinz habe seine Demission nur eingereicht, um der Politik, der er als Kronprinz nicht untersteht, in der Unternehmung wegen des Todes des Dieners Kolomanisch freie Hand zu lassen. Da der Tod des Dieners als natürlich erklärt worden ist, wird die Demission hinfällig. Uebrigens sei nur der König als Familienoberhaupt konstitut, der Regierung die Demission des Kronprinzen zu unterbreiten.

Schieru nachmittags fand unter dem Vorsitz des Königs Peter ein Kronrat statt, an dem sämtliche Minister, die

nicht alles verloren sein soll! Nie habe ich mich glücklicher und schwerer bewegt als jetzt jener Stunden erinnert, da vor sechs Jahren ein Vater und ein Held vom Leben scheidete, seinen Namen und die Welt dieser Erde hinter sich ließ. Jedes Wort, was dieser arme Vater schmerzlich in meinem Herzen, lebendig in meinem Gedächtnis ist der Augenblick, da er des Vaters entsetzte Hölle dem Feinde überließ. Angesichts dieses Bildes und dieser Erinnerungen frage ich Sie aber, General, was haben die Freunde Schwedens, des geworbenen Königs, während dieser sechs Jahre denn getan, das Kaiserthum zu besetzen, das unschuldige Blut ihres Herrschers zu wahren? — Haben Sie von dem Briefe, dem Nikol Gebrauch gemacht, das den Beweis der Unat liefert? Haben Sie dem geschicktesten Volke und der übrigen Welt die Augen geoffnet, daß Land wachgerufen zu einem Ringkampf?!

„Das wäre Wahnsinn gewesen, Reich!“ rief Stenbock aus. „Siegert und Kritik hat das Geschick erfüllt, ohne den Beweis. Nun hätte nur der König und die Kreaturen um ihn treffen können, welche in des Jaren Solde stehen. Wer den Druck russischer Uebermacht dem Tage zu Frederickthal bis heute kennt, wird Sie antworten, daß diese Beweise brüderlichen nichts anderes gegeben haben würde, als die letzte Hoffnung des Vaterlandes ganz vernichten, Friedrich, mit dem die Rufe Waise erfüllt, vor der Zeit entthront und Schweden zur Provinz Rußlands machen! Die Beweise sind wertlos geworden, denn an Friedrichs Leben und seiner Herrschaft hängt jetzt noch der ganze schwache Hoffnungsrest unserer Sadel!“

„Und Sie wollen den Jüngling schellen, den Mittel-

Präsidenten des Staatsrats, des Kassationshofes und Appellationshofes und der Hauptrechnungskontrollen teilnahmen. Kronprinz Georg gab vor dem Krönung die Erklärung über seine Verzichtserklärung auf Thronfolgerechte ab und unterzeichnete das hierauf sich beziehende Protokoll. Nachdem dies auch von sämtlichen Anwesenden unterfertigt worden war und der Kronprinz auf die mündliche Frage, ob er auf dieser seiner Abdikation beharre, bejahend geantwortet hatte, wurde beschlossen, diesen Staatsakt der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Sobald dies geschehen sein wird, wird Prinz Alexander als Kronprinz von Serbien proklamiert werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Am Bundesratsstische sind die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Arndt erschienen.

Zunächst werden einige an die Kommission zurückverwiesene Statistiken erledigt.

Darauf wird eine Resolution für das Reichsamt des Innern angenommen, in der verlangt wird, daß durch einheitliche Bestimmungen Anordnungen für sämtliche Reichsreferate (siehe Seite 1) über die Banthalbergstätten an Beamte für Schreibgerätschaften und 2) über die Beschäftigung der Bureaubeamten.

Es folgt der an die Kommission zurückverwiesene Titel des Militärs: Kommandanten. Der Titel wird nach dem Kommissionsantrag bewilligt.

Der an die Kommission zurückverwiesene Titel des Postens: Garantiefonds für die deutsch-südamerikanische Telegraphenlinie wird ohne Debatte genehmigt und sodann die Wahlberatung beim Allgemeinen Pensionsfonds fortgesetzt.

Erzberger (Ztr.): Mit der Pensionierung sollte nicht zu schnell vorgegangen werden. Ganz besonders sollte die Herabsetzung der gesunde Mittelklasse zwischen der erforderlichen Schlagfertigkeit und den finanziellen Interessen des Reiches stehen. Angeht die Finanznot sollten die meisten Beamtenstellen bei der Verwaltung des Pensions- und Invalidenfonds als Einlagen gestrichen werden.

Gothein (Fr. Bgg.): Die Herabsetzung habe alle Ursache, Feldwebellieutenantsstellen zu schaffen und alle Stabsstellen dabei beiseite zu lassen. Würde die Höhe des Pensionsfonds draußen im Lande gründlich erörtert so könnte das geradezu außerordentlich wirken.

Generallieutenant v. Ballet des Barres: Die Erziehung im Pensionsfonds muß nach jeder Gehalts- oder Einkommensverbesserung eintreten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Coert (nl.) wird der Etat bewilligt.

Es folgt der Kommissionsbericht über die neue Fassung der Grundzüge bei der Befehlsmittlerer Rang- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden wie bei den Kommunalbehörden usw. mit Militäranwärtern.

Graf Drölsch (nl.) empfiehlt als Berichterstatter eine Resolution, in der Anordnungen behufs Herbeiführung einer geeigneten Vorbildung der Militäranwärter für den Dienst verlangt werden.

Kaden (Ztr.) tritt der Resolution bei, die darauf angenommen wird. Es folgt die

2. Lesung des Automobilgesetzes.

Zunächst wird über die Verkehrsverordnungen beraten. Prinz Schönath-Carolath (nl.): Die Hauptaufgabe wird sein ein gut ausgebildeter Chauffeurstand, wenn möglich in einer staatlichen Chauffeurschule.

Graf Carmer-Hierwig (kon.): Die wegen Sicherheitsbedenken Vorbestrafen müssen von der Prüfung ausgeschlossen werden.

Stadthagen (Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei auf bundesrechtliche Festsetzung einer Normalarbeitszeit und von Ruhepausen für Chauffeure.

lofen, daß er nicht härter war als eine Koalition mächtiger, vom Volke geliebter Geschlechter?" (Fortsetzung folgt.)

KAC. Die verantwortlichsste Stunde in König Edwards Leben. Eine häßliche und wenig bekannte Anekdote aus dem Leben König Edwards VII. von England wird in einem Aufsatz über den englischen Monarchen in „Je sais tout“ erzählt. Sie führt in die Zeit zurück, als der König, damals noch Prinz von Wales, Kanada bereiste. Eines Nachmittags besand man sich weit von jeder menschlichen Wohnung entfernt, als die Ermüdung der Pferde eine Rast nötig machte. Man lagerte sich also, man begann zu plaudern; der Prinz zog eine Zigarre heraus und bat auch seinen Begleitern welche an. Da stellt sich heraus, daß er keine Streichhölzer bei sich hat. Er bittet seinen Nachbarn — aber der hat auch keine, und kurz in der ganzen Gesellschaft befindet sich nicht einer, der mit Streichhölzern dienen kann. Allgemeine Niedergerichtigkeit. Plötzlich ruft einer der Herren: „Bereitet! Ich habe ein Streichholz! Hier ist es... Aber ich habe auch nur das eine.“ Große Aufregung. „Geben Sie vorsichtig damit um... Lassen Sie es ja nicht ausgehen... Geben Sie es dem Geschicklichen... Wir wollen sehen, wer anzünden soll...“ „Überhoben.“ Man löst — und das Holz fällt auf den Prinzen. Mit unendlicher Vorsicht nimmt er das Streichholz, streicht es an seiner Hose an, schüttet es in seinen gefalteten Händen, nähert auf des behutsamste seine Zigarre... endlich... ein dünner, bläulicher Rauch steigt auf... „Hupp, hupp, hurra! Wir sind gerettet!...“ „Wir haben Feuer!“ Als der Prinz später einem Freunde dieses kleine Erlebnis erzählt, fügt er hinzu: „Das war

Prinz Schönath-Carolath (nl.) erklärt den Antrag für überflüssig.

Derjen (Reichs.): Höchstens ein Drittel der Zeit, die ein Chauffeur im Dienst ist, kann als Arbeitszeit angesehen werden.

Der Antrag wird abgelehnt und der Titel „Verkehrsverordnungen“ unverändert angenommen. Es folgt Titel „Verpflichtung“.

Stolle (Soz.): Die Bestimmungen des § 2 sind für uns unannehmbar. Eine Begrenzung der Haftsumme nach oben hin müßte festgesetzt werden. Ebenso müßte verlangt werden, daß für Automobilbesitzer eine Haftpflichtversicherung festgelegt wird. Der darauf hingelenden Resolution stimmen wir zu.

Bitter (Ztr.): Die Kommissionsbeschlüsse entsprechen unseren Wünschen.

v. Carmer-Hierwig (kon.): Wir sind den Kommissionsbeschlüssen betreffend die Haftpflichtversicherung beizutreten, um nicht das ganze Reich zu gefährden. Jedem eine Änderung des § 2 ist für uns nicht annehmbar.

Träger (Fr. Bgg.): Wenn ich den Kommissionsbeschlüssen zustimme, so leidet mich dabei lediglich das Verkehrsinteresse des Publikums.

Delbrück (Fr. Bgg.): Wir werden der Vorlage zustimmen.

Prinz Schönath-Carolath (nl.) bemerkt, die Notwendigkeit des Gesetzes ergibt sich schon aus der Unfallziffer seit dem vorigen Oktober: 5912 Unfälle mit 2830 Verletzten und 1431 Toten. (Hört! Hört!)

Stolle (Soz.): Wir müssen bei unserem Antrag bestehen bleiben, die Kaskobestimmungen des § 2 zu streichen. Auch der § 6 muß gestrichen werden.

Schließlich werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und die Haftpflichtbestimmungen, sowie die Resolution auf Errichtung einer Haftpflichtversicherungsgesellschaft angenommen. — Die Strafbestimmungen verlieren ohne Debatte.

Nächste Sitzung Samstag 2 Uhr: Etat der Schutzgebiete, 3. Lesung des Automobilgesetzes. Schluß 7/7 Uhr.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 27. März. Die zweite Kammer unterbrach heute die Staatsberatung um einen dringend der Erhebung bedürftigen Gesetzentwurf zu beraten, der die Gemeinden zur Forthebung der Fleischabgaben bis zum 31. März 1910 ermächtigt. Der Entwurf rief zum Teil auf scharfen Widerspruch, namentlich bei dem Abg. Dr. Hindemann (Soz.), der das Vorhandensein jeglicher finanziellen Bedürfnisse der Gemeinden nach solchen Abgaben bestritt, die notwendigerweise eine Erhöhung der Fleischpreise zur Folge haben müßten und dem Arbeiter den Fleischgenuss zur Unmöglichkeit machen würden. Minister v. Bischoff gab zu, daß durch die Fleischabgabe einigen Gemeinden ein Privilegium eingeräumt werde. Es handle sich aber nur um eine Terminverlängerung von einem Jahre. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise könnten die Gemeinden auf diese Erhöhung nicht so leicht verzichten. Von 12 Gemeinden, die bisher die Abgabe erhoben haben, hätten 9 um die Gutsabgabe zur Weitererhebung nachgesucht. Dr. Mülberger (D.B.) hat um Annahme des Entwurfs, desgleichen Viehsing (B.), der im übrigen eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer befürwortete und bestritt, daß die Abgabe eine Fleischverteuerung bringe. Dr. v. Riene (B.) berief sich zum Beweis dafür, daß die Aufhebung der Abgabe keine Preiserhöhung mit sich bringe, unter lebhaften Hört-Hört-Rufen auf einen Artikel von Dr. Hindemann selbst, der der Ansicht sei, daß der Provit im Falle der Aufhebung nur in die Taschen des Zwischenhandels fließen würde. Die Mehrheit seiner Parteifreunde stimmte für den Entwurf, um die Gemeinden nicht in eine Falle zu bringen. Frhr. Bergler v. Berglas (D.R.) erklärte die Zustimmung eines Teils seiner Fraktion zu dem Entwurf. Strödel (D.R.) vertrat den Standpunkt des andern Teils seiner

der Augenblick meines Lebens, wo ich am wenigsten stolz war, und wo ich das stärkste Gefühl meiner Verantwortlichkeit hatte!"

KAC. 60 Millionen Mark für Annoncen abgegeben. Die Selbstfirma von Pears, Ltd., in London hat seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tage 60 000 000 Mark für Reklame anbezahlt. So kolossal auch diese Summe auf den ersten Blick erscheinen mag, muß man doch berücksichtigen, daß die Firma schon 120 Jahre alt ist. Im Jahre 1788 begründete Andrew Pears, der Großvater des kürzlich verstorbenen Andrews Pears, in einem kleinen Zimmer der Great Street sein Geschäft. Er war Barbier, bevor er sich auf die Seifenfabrikation warf, hatte aber viel Geschäftsgelbst, und es gelang ihm bald, seine Seife populär zu machen. Unter der Regierung George III. erschienen seine ersten Annoncen in den Spalten der „Times“ und der jetzt nicht mehr existierenden „Morning Chronicle“. Raum hatte sich seine Seife eingewöhnt im Publikum eingeführt, als auch schon die Nachahmungen begannen, und da in jenen Zeiten der Schutz der Gesetze nicht recht ausreichend war, kam er auf den Gedanken, jedes Stück Seife mit einer Papierhülle zu versehen, die sein Autogramm trug. Im Jahre 1846 starb der Begründer der Firma. In diesem Jahre hatte Pears Ltd., einen Reklame-Etat von 2 1/2 Mill. Mark. Das größte Honorar, was Pears Ltd., aber jemals für die Bekanntheit eines einzigen Reklamebildes zahlte, waren 40 000 £, die der berühmte englische Maler Sir John Millais für sein für die Firma angefertigtes Bild erhielt. Es stellt seinen kleinen, in einem Samtkissen geliebten, blondhaarigen Kisten dar, wie er mit Pears Seifenangeln spielt.

Parteilreunde, die sich nicht dem Vorwurfe aussetzen möchten, als wollten sie eine Vertiefung der Fleischpreise herbeiführen. Letztgenannt sei keine Statistik so unzuverlässig wie die der Fleischpreise und die Spannung zwischen ihnen und den Viehpreisen i. L. außerordentlich hoch. Hartmann (D.B.) bestritt das Vorhandensein eines Zusammenhangs zwischen Fleischabgabe und Fleischpreisen. Reil (Soz.) betonte, niemand könne an der Vaterhaft des Entwurfs eine besondere Freude zu haben und sprach sich im Sinne Hindemanns gegen den Entwurf aus. v. Gauß vertrat die Ansicht, es sei irrig zu glauben, daß die Abschaffung der Fleischsteuer unbedingt in den Fleischpreisen zum Ausdruck kommen werde. Herbst (B.) befürwortete den Entwurf. Dr. Hindemann (Soz.) beantragte eine Resolution, die Regierung zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den ihnen ermöglicht wird, höhere Einkommensteuervorschläge zu erheben. Präsident v. Baber äußerte Zweifel, ob es möglich sei, eine so wichtige Frage jetzt in den Reich der Erörterungen zu ziehen. Krant (D.R.) erklärte seine Sympathie mit der Resolution. Finanzminister v. Gehler lehnte eine Stellungnahme zu der Resolution im gegenwärtigen Augenblicke ab. Dr. v. Riene (B.) schlug Verweisung der Resolution an die Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung vor. Viehsing (B.) und Mülberger (D.B.) haben dringend um Annahme der Resolution. Der Entwurf wurde schließlich mit 44 gegen 30 Stimmen und die Resolution mit 57 gegen 18 Stimmen des Zentrums angenommen. In der dann fortgesetzten Beratung über den Justizetat bewertete Minister v. Schmidtlin zu dem Antrag Rembold-Gundel betr. Ermächtigungen über eine Neuordnung des öffentlichen Notariats, er zweifle, ob in nächster Zukunft eine Entscheidung über diese Frage getroffen werden könne. Daß man die Gebühren für die Notare fallen, so sei es fraglich, ob noch genügend befähigte Elemente sich diesem Stande zuwenden werden. Viehsing (B.) erklärte sich mit dem Antrag einverstanden, dagegen äußerte Krant (D.R.) wesentliche Bedenken gegen die Verstaatlichung des Notariats. Immerhin sei die Angelegenheit erwidenswert. Graf (Ztr.) unterstützte den Antrag Mülberger, nicht nur 19, sondern 26 Grundbuchnotare die Erhöhung ihrer nicht preisenherrschenden Zulage von 300 auf 500 M. zu genehmigen. R. d. B. (D.B.) bestritt das Vorhandensein von Notariatsstellen in Notariatsämtern. Ohne Kommissionsberatung konnte er dem Antrag Rembold nicht zustimmen. Nach einem Schlusswort des Antragstellers wurde der Antrag Rembold angenommen und der Antrag Mülberger abgelehnt. Weiterberatung Dienstag nachmittags.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 27. März 1908.

Einkommensteuer-Erklärungen und Steuerabzug. Bekanntlich darf die Staatssteuer von Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Kapital-Einkommen am Steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden. Nun ist eine Erhöhung der Staatssteuer geplant. Die Erhöhung ist noch nicht genehmigt, auch ist noch nicht bekannt, wie groß die Erhöhung sein wird, oder ob solche überhaupt eintritt. Die Entscheidung hierüber, die von den Landständen getroffen werden muß, kann unter Umständen erst im Sommer fallen. Wie soll sich nun bei der heutigen Einkommensteuer-Erklärung der Steuerpflichtige verhalten? Im Jahr 1908, wo der Staatssteuerabzug aus obengenanntem Einkommen auf 2% herabgesetzt worden ist, durfte nur die so herabgesetzte und nicht die im Vorjahr bezahlte Steuer in Abzug gebracht werden, es ist deshalb nur recht und billig, daß heute die erhöhte Steuer zum Abzug kommt. Es dürfte angezeigt sein, daß über die zutreffende Behandlung des Abzugs von jetzt der obersten Landessteuerbehörde Befragung erteilt wird. Den Steuerpflichtigen wird empfohlen, bei Abgabe ihrer diesjährigen Einkommensteuer-Erklärungen die bisherige Staatssteuer in Abzug zu bringen jedoch einen Vorbehalt dahin zu machen, daß im Falle einer Steuererhöhung die erhöhte Steuer nachträglich am deklarierten Einkommen abgezogen wird.

Ein demantener Aufschallon zog am Samstag mittig zwischen 1/2 und 1/4 Uhr in unbedeutender Höhe von West nach Ost über unsere Stadt hin; um 1/2 Uhr wurde er in Hallsagen gestört.

h. Von der Steinach, 27. März. Heute, zum erstenmal in diesem Jahr, sah man hier wieder einen demantenen Ballon beimache 2 Stunden über dem Tal schweben. Sein Name ist „Graf Wedel“. Er kam heimlich von Stralsburg her. Schade, daß er nicht landete. Groß und Klein verfolgte ihn während der ganzen Zeit.

Remmberg, 27. März. Das Programm für den Besuch des Schwarzwaldvereins anlässlich dessen Jubiläumfeier am Montag den 20. September würde sich etwa folgendermaßen annehmen: Abreise des Tages in Remmberg 10 Uhr. Spaziergang auf dem Panoramaweg (Neuen Weg) zum Schloßhaus. Bismarck besichtigt mit Musik. 1 Uhr: Rast in die Stadt und Besichtigung derselben. Mittagsessen, und Rast auf dem Marktplatz. 3 Uhr: Spaziergang ans Schloß und Schloßwäldchen zum Bahnhof, Abfahrt nach Schönbach, Fahrt auf der Bergbahn; abends Beleuchtung der Geyseranlagen.

r. Stuttgart, 26. März. Mit Schreiben des Rgl. Staatsministeriums vom 23. März hat der Staatsverammlung zunächst der Zweiten Kammer überreichten über

die Bekanntheit zur weiteren... r. Sta... Kerlar hört, der Reichsp... verwaltung... in Kraft getri... einer Kündigung... so dah... r. Sta... betr. Abände... die Bekanntheit... ermächtigt d... von Reich... r. Sta... müßterman... bei Beforgu... die ohne jed... und ohne In... werden Man... der Post, zu... bei Einzug... der Orischi... Gemeindeg... Schacht geb... meindebeam... Arbeit erleb... r. Sta... 462 württem... jagehandl mo... weinmono... Bremer geb... 90% des in... Sammlung i... werden vield... ition ansh... eine gleiche... schritten dem... r. Tab... finden wir... begleitungs... gebildet, gesu... (Samplog... fanden zu... Stammtisch... erbitte, ist... nicht bei dem... r. Par... Bürger muß... schlachtet... Besten Guf... vor. Vier... r. Juff... Mädchen... die Beranlat... bekannt... r. Gop... wurde an... Arbeiter auf... das Leben... gerrig ihm... jirkrantenhan... Goppi... Berfahrns... und gleichzei... amali Vale... amantisch... r. Hlm... für den 2. A... den 3. April... r. K... lieber... r. Christof... wurde heute... fahren eröff... Stv. A... ernaunt... Konfir... rierte angum... Es w... oder die Wo... Gläubigerant... Konfirforbu... Liegenhaft... der angemel... r. Mittwo... vor dem unt... Allen... Bestj haben... gegeben, nich... auch die Ber... Forderungen... Anspruch ne... Anzeige zu... Rago...

den wählten, ...
wie die der
und den
(D.B.)
wählten
) beauftr.
Entwurf
nach sich
auf.
Landen, daß
den Fleisch
(B.) be-
Sag.) bean-
n, möglichst
zu erheben.
möglich sei,
Erörterungen
sich mit der
eine Stei-
Angelegenheit
Nationalbank
Verwaltung
(D.B.) haben
Der Ent-
Stimmen
des Zwi-
Beratung
Schiedsmit-
lungen über
zweifle, ob
Frage ge-
für die
und Befähigung
Beschäftig-
en, dagegen
gen die Ber-
legenheit
Antrag Rät-
notaren die
von 300 auf
Vorhanden-
kommissionen
zusammen-
rde der An-
Rühlberger
26.

die Beförderung der Warenhäuser und der Kaufmännerei zur weiteren Behandlung zugegangen.

r. Stuttgart, 27. März. Die der Schwäbische Reichspostverwaltung und der württembergischen Postverwaltung über eine Abänderung des am 1. April 1902 in Kraft getretenen Briefmarkenvertrags. Man spricht von einer Kündigung des Vertrags durch die Reichspostverwaltung, so daß eine Neuverhandlung notwendig wäre.

r. Stuttgart, 26. März. Der Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1903 über die Beförderung der Gemeinden und Kunstvereine ermächtigt die Gemeinden zur Fortschreibung einer Abgabe von Fleisch nach § 31. März 1910.

Stuttgart, 26. März. Eine Verfügung des Justizministeriums weist die ihm untergeordneten Behörden an, bei der Beförderung öffentlicher Geschäfte der Staatsverwaltung, die ohne förmliche Ausschreibung oder Befähigung der Beteiligten und ohne Inanspruchnahme der Gemeindefürsorge erledigt werden können, sich anderweitiger Einrichtungen, vor allem der Post, zu bedienen. Besonders bei Zustellungen oder bei Einzug von Gerichtskosten soll statt der Vermittlung der Ortsbehörden die Post benutzt werden. Werden die Gemeindefürsorge in Anspruch genommen, so soll darauf Bedacht genommen werden, daß die Geschäfte von den Gemeindefürsorgern ohne besonderen Aufwand von Zeit oder Arbeit erledigt werden können.

r. Stuttgart, 28. März. Dem Reichstag ist eine von 462 württembergischen Brennern unterschriebene Petition zugestellt worden, in der um Einföhrung des Braunkohlens mit Sonderbefreiungen der sächsischen Brennerei gebeten wird. Die württembergischen Brennerei etwa 90 % des in Württemberg hergestellten Braunkohlens. Die Sammlung der Unterschriften ist noch nicht abgeschlossen, es werden vielmehr noch zahlreiche Reichsbrenner sich der Petition anschließen. Von sächsischen Brennern wurde kürzlich eine gleiche Petition mit einer sehr großen Anzahl von Unterschriften dem Reichstag überreicht.

r. Tübingen, 26. März. Eine zeitgemäße Annonce finden wir in der Tübinger Chronik, da sucht einer Reisebegleitung, Herr oder Dame, Reisebegleiter, akademisch gebildet, gesund, auf den ferdinand-napoleon-angarischen Kriegsschauplatz. Der Mann scheint sogar etwas in früh angefaßten zu sein. Auch der Nachsch, der Offizier an den „Stammisch der Blindarmlosen“ im Restaurant Hanklarie erbt, ist höchst modern. Um einen Witz handelt es sich nicht bei dem Jester.

r. Hardt OR, Oberndorf, 26. März. Ein hiesiger Bürger machte dieser Tage eine großartige Kuh schlachten lassen. Der Metzger fand zu seinem und des Besizers Erschrecken vier wohlentwickelte Nieren im Rind vor. Der Metzger ist wieder, daß abzuwickeln angefaßt ist.

r. Jüdingen, 27. März. Ein hiesiges junges Mädchen nahm Gift und liegt bedenklich darnieder. Ueber die Veranlassung zu der bedauerlichen Tat ist noch nichts bekannt.

r. Göttingen, 26. März. Mit abgeschlossener Hand wurde an der Straße nach Jüdingen ein italienischer Arbeiter aufgehoben, der sich im Kampf mit einer Pistole das Bein schmerzte wollte. Die Pistole explodierte und zertrümmerte ihm die Hand, die ihm bis an den Stumpf im Bezirkskrankenhaus abgenommen werden mußte.

Göttingen, 26. März. Infolge ehrengerichtlichen Verfahrens ist der hiesiger bei dem Amtsgericht Göttingen und gleichzeitig bei dem Landgericht Ulm zugelassene Rechtsanwalt Valentin Hebel in Göttingen aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen.

r. Ulm, 27. März. Der Bezirksrat hat den Termin für den 2. Wahlgang zur Landtagswahl endgültig auf den 3. April festgesetzt.

r. Ulm, 27. März. Nachdem in Deutschland bereits in verschiedenen Städten die Möglichkeit geschaffen wurde, offene Buchforderungen zu Geld zu machen, soll jetzt auch hier in Ulm eine ähnliche Einrichtung getroffen werden. Am letzten Donnerstag ist im Sitzungssaal der Gewerbevereins Ulm von einer Anzahl von Handel- und Gewerbetreibenden unter der Firma „Diskontogesellschaft bei der Gewerbedank Ulm, e. G. m. b. H.“ eine Genossenschaft gegründet worden, die speziell den Zweck haben soll, offene Buchforderungen zu diskontieren. Die neue Genossenschaft besteht bereits aus 30 Mitgliedern und ist der Gewerbedank Ulm angegliedert.

Freiburg, 27. März. Trotz Regenwetters und Schneegestöber hat das Reichsluftschiff Z I heute vormittag von 9 1/2 Uhr ab eine 4 1/2 stündige Rundfahrt nach Konstanz, dem Hauptziel und zurück unternommen. Zeitweise war der Stenzer ganz im Schneegestöber verschwunden, wunderterte aber trotzdem so sicher wie bei hellem Wetter. Am Bord befanden sich ausschließlich Militärpersonen. — Zur Feier des 25jährigen Bestehens des Postfliegerbataillons fand abends im Seehotel ein Bankett statt, an dem auch Graf Zeppelin teilnahm.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. März. Der Kronprinz wird, nach einem kaiserlichen Telegramm des „Berl. Bot.-Anz.“, am 20. April in Bulgarien einreisen, um König Carol zu seinem 70. Geburtstag die Glückwünsche des Kaisers zu überbringen.

Zwischenmord. Samstag nachmittag um 4 1/2 Uhr wurde in der Friedrichstraße in Berlin ein Familienmitglied während der regsten Geschäftstunde erschossen und für über 10000 M. Schmelzschaden entwendet. Der Täter ist unbekannt.

r. Bad Baden, 26. März. Der Kaiser der Bogener Spar- und Vorspar-Kasse, Jäger, ist seinen schweren Verletzungen, die er sich durch Entladung seines Jagdgewehrs zuzog, in vergangener Nacht erlegen. Es findet eine Beerdigung der Kasse statt, ob sich Verhandlungen ergeben, muß abgewartet werden. Jäger konnte sich nur noch schriftlich verständigen, da ihm Krawatte und Westen durch den Schlag vollständig abgerissen waren. — Wie der „Bav. Bot.“ hört, handelt es sich nicht um einen Unfall, sondern um Selbstmord, dem Veranlassungen in der Vorspar-Kasse zugrunde liegen, deren Höhe noch nicht feststeht. Die Familie wird allgemein bedauert.

Doppelmord. In Ludwigshafen überfiel der 25jährige Tagelöhner Friedrich Schindwein, die 21jährige Anna Riedermeyer in ihrer Wohnung und tötete sie durch einen Stich ins Herz. Als die Mutter des Mädchens, eine 61jährige Franke Frau, ihrer Tochter zu Hilfe eilte, tötete Schindwein auch sie durch einen Stich in den Hals. Darauf stellte er sich selbst der Polizei. Das Motiv der grausigen Tat ist Eifersucht; das junge Mädchen hatte auf Streben seiner Eltern die Beziehung zu dem Täter gelöst.

Sauer, das Reklamerie. Der Buchhändler Peter Sauer soll auf Befehl des Landgerichts in der Provinzialstrafanstalt Egelking auf seinen Selbstmord untersucht werden. Sein Verteidiger, Justizrat Bernheim-Rünchen, hat diesem Befehl nicht widerstanden. Die Untersuchung gegen Sauer nähert sich allmählich ihrem Abschluß.

Frankfurt a. M., 27. März. Für das Kaiserpreis-Wettrennen sind folgende Tage festgesetzt: 19. Mai 8 Uhr abends: Begrüßungskonzert. 20. Mai, 11 Uhr: I. Wettrennen, 2 1/2 Uhr: II. Wettrennen; 21. Mai, 10 Uhr: III. Wettrennen, 2 1/2 Uhr: IV. Wettrennen; 22. Mai, 10 Uhr: V. Wettrennen, 2 1/2 Uhr: Engerer Wettrennen und Preisverteilung.

Auf einer Steuereinnahmestelle in Jena erschien an einem der letzten Tage ein Student als Vertreter einer

Verbindung, die hoch oben auf den Kernbergen im Biegenheimer Fluß ein Grundstück die sogenannte „Käpfsalm“ besitzt, das für 14 M. erwacht, um die Grundsteuer zu bezahlen. Unkündlich wählte der Rufensohn in seinem Selbstverleugern und entrichtete dann drei Pfennig Steuern und — zwanzig Pfennig Rahngeld! Dann verließ der Jünger der Wissenschaft in dem stolzen Bewußtsein, zur Erhaltung von Staat und Gemeinde einen Beitrag gezahlt zu haben, daß „Erleichterungsanstalt“. Um in Zukunft den Rahngeldern zu entgehen, will er am nächsten Termin durch Entlegung eines neuen Talers die Steuern auf 100 Jahre voranzahlen. Nicht jeder Steuerzahler wird gewillt sein, diesem Beispiel zu folgen.

Prinz Heinrich über seine Fahrt mit Zeppelin. Der Bericht für „Motorluftschiffahrt in der Nordmark“ in Kiel veranfaßte in der dortigen Marinekadetten einen Vortragabend, bei dem Prinz Heinrich von Preußen seine Fahrt mit dem Luftballon des Grafen Zeppells, „Z I“, am 27. Oktober vor. J. schilderte. Dem Vortrage wohnten Prinzessin Heinrich mit dem Prinzen Waldemar und Egliswund, der Oberpräsident v. Bölow nebst Gemahlin, zahlreiche Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte der Provinz Schleswig-Holstein und die gesamte Admiralität bei. Nachdem Prinz Heinrich die technischen Einrichtungen des Luftschiffes skizzierte und eine Schilderung der Fahrt gegeben hatte, zog er dem „Kaiser R. R.“ zufolge folgende Schlussfolgerungen: „Die Frage, ob man unter bestimmten, und zwar nicht zu ungünstigen Witterungsbedingungen einen nicht all zu weit entfernten beliebigen Punkt mit Hilfe eines lenkbaren Luftschiffes erreichen kann, ist zweifellos als gelöst zu betrachten. Der Frage jedoch, ob lenkbare Luftschiffe in absehbarer Zeit gebräuchlich sind, in die Reihe unserer bisher bekannten Verkehrsmittel eingereiht zu werden, oder aber ob sie kriegerischen Zwecken nutzbar gemacht werden können, soll man bei allem Interesse, das diese Materie verdient, einstweilen noch skeptisch gegenübersehen. Als Grundlage für die Luftschiffahrt wird nach wie vor die Ausbildung im Freiballon anzusehen sein, da ein an seinen Motoren davoriertes Luftschiff genau denselben Bedingungen unterworfen ist wie ein solcher Ballon. Die Fahrt im Freiballon ist daher keineswegs wie irdischerweise vielfach angenommen wird, durch die lenkbaren Luftschiffe außer Rand und Band, sondern sie ist vielmehr die Schule für die Luftschiffahrt. Dieses Prinzip ist im übrigen von dem Luftschiffbataillon längst anerkannt worden und gilt als Basis der Ausbildung. Aufgabe des Interessentenkreises, wenn nicht der Nation, muß es aber bleiben, auf dem Gebiet der Aeronautil weiterzuforschen, um gegen andere Nationen nicht in das Hintertreffen zu geraten.“

Wilhelmshaven, 25. März. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ legt heute abend die Reise nach dem Mittelmeer fort.

Ausland.

Paris, 27. März. Dem Welt Journal wird aus Rom berichtet, daß Kaiser Wilhelm und König Edward auf ihrer Mittelmeerfahrt eine Begegnung haben werden.

Unwärtige Todesfälle. Karl Franz, Schneider, Brandenburg; Friedrich Wonne, Gutmacher, 70 J., Dorakotten-Karlsruhe; Friedrich Winkler, Kaufmann, Göttingen; Friederike Müller, 86 J. alt, Rotenburg.

Literarisches. Curt Kram, der Mitbegründer des „März“ und Privatsekretär des „Berliner Tageblatt“, früherer Journalist-Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ hat eben einen humoristischen Roman „Die Dogmatik“ vollendet, der geeignet ist, besonders lebhaftes Interesse hervorzuerufen. Dieser Roman wird, beginnend im ersten erschienenen dritten Heft des 88. Jahrgangs, in der Monatschrift „Nord und Süd“ zum erstenmal veröffentlicht. Zu beziehen durch die G. B. Kaiserliche Buchhdlg. Nagold.

Text und Verlag der G. B. Kaiserlichen Buchdruckerei (Emil Jaffé) Nagold. — Für die Redaktion verantwortlich: R. Gatz.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen der **Marie geb. Traub, Ehefrau des Christof Bentler, Bauern und Waldhüben in Efferingen,** wurde heute am 27. März 1909, vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Stv. Bezirksnotar Wühl in Wülbberg ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1909 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Vertheilung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie über den Verkauf der Liegenschaft durch den Konkursverwalter aus freier Hand und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 28. April 1909, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefürsorge zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. April 1909 Anzeige zu machen.

Nagold, den 27. März 1909.
Gerichtsschreiberei R. Amtsgerichts:
Stemmler.

Stamm- und Brennholzverkauf.

Am Samstag den 3. April, nachm. 1 Uhr bei Postagent Nagel in Oberjettingen aus Staatswald Forst, 15. Darghall, Sulzerfeld, Winterhalde und Scheidholz aus Forst:

Nadelholz 257 St. Langholz mit Am. 46 I., 69 II., 72 III., 33 IV., 14 V., 7 VI. Al., 8 Sid. Sägholz mit Am. 1 I., 3 II., 2 III. Al., 29 Babala Kesseltüte mit 7 Zw., 1 Km. hachener Pegel, Nadelholz Am. 1 Scheiter, 8 Präg, 80 Kubruh; 3375 geb. Nadelholz- und 170 Stck. freib. Wellen

Nagold.
Ca. 40-50 Str. gutingebrachte

Hou und Oehmd

verkauft die Bezirkskrankenhausverwaltung.

Konkursverfahren.

Ueber den Nachlaß des verst. **Jakob Saker, gew. Fehrmanns und dessen nachverst. Witwe Anna Marie geb. Dannacker von Göttingen,** wurde heute am 27. März 1909, vormittags 9 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Stv. Bezirksnotar Wühl in Wülbberg ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1909 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Vertheilung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie über den Verkauf der Liegenschaft durch den Konkursverwalter aus freier Hand und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 28. April 1909, vorm. 9 1/2 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefürsorge zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. April 1909 Anzeige zu machen.

Nagold, den 27. März 1909.
Stemmler,
Gerichtsschreiber R. Amtsgerichts.



